Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordbaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — Magdeburg: Robert Klein. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Axm., Spiegelstraat 184. — Frankreich: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 23.

Nr. 263. **Berlin, Mittwoch den 9. Juni 1886, Morgens.** **25. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Expeditionen und die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf., sowie die Post-Expeditionen 8 Mark inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW., Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honoraranzahe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche mit **zweimaliger täglicher** Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie ℳ **1.20**, für die übrigen Staaten ℳ **1.50**. Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher davon Kenntniß erhält.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolffs Bureau.)

München, Dienstag 8. Juni. Gestern fand eine einständige Konferenz sämmtlicher Staatsminister beim Prinzen Luitpold statt.

Wien, Dienstag 8. Juni. Der Kaiser hat unter gestrigem Datum an den Erzherzog Albrecht ein Handschreiben gerichtet, in welchem es heißt:

„In gewohnter, selbstloser Hingebung und nie ermüdendem Eifer haben sich Ew. Liebden in jüngster Zeit der mühevollen Reise nach Bosnien und der Herzegowina unterzogen und dadurch neuerdings den Anspruch auf meinen Dank erworben. Die mir von Ihnen über die Truppen sowie über deren Ausbildung und Leistungen auf dem militairischen und kulturellen Gebiete erstatteten Berichte haben mich mit hoher Befriedigung erfüllt. Die dortigen Truppen, in ihrer Zusammensetzung das ganze Heer repräsentirend, wirken in würdigster Weise im Geiste der altbewährten Traditionen der Armee, welche unter allen Verhältnissen mit seltener Pflichttreue und Selbstverleugnung das Ansehen des Thrones und der Monarchie festhielt und auch in Zukunft ihrer hohen Bestimmung nachkommen wird."

Brüssel, Dienstag 8. Juni. Bei den heute stattgefundenen theilweisen Deputirtenwahlen wurden in Gent für die ausscheidenden 8 Liberalen 8 Katholiken gewählt. In Tournai, Huy, Thuin und Ath wurden die Liberalen wiedergewählt, in Verviers wurden 1 Katholik und 1 Liberaler gewählt und sind zwei Stichwahlen erforderlich.

Rom, Dienstag, 8. Juni. Von gestern Mittag bis heute Mittag fand an der Cholera in Venedig 21 Personen erkrankt und 12 gestorben, in Bari 3 Personen erkrankt und 4 gestorben.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten
aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem evangelisch-reformirten Pastor Huizinga zu Bömerwold im Kreise Weener den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Obersten a. D. Franke, bisher Kommandeur des Westfälischen Füsilierregiments Nr. 37, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse; dem Obersten z. D. v. Knebel, bisher Bezirks-Kommandeur des 2. Bataillons (Liegnitz) 2. Westpreußischen Landwehrregiments Nr. 7, den königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Steuereinnehmer Garnjost zu Herford den königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie dem Gärtner Ludwig Kleinert auf der Domaine Blankenau im Kreise Hörter und dem Werkführer Peter Thoma zu Frankfurt a. M. das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Lieutenant der Reserve, Freiherrn Johann Arnold v. Solemacher-Antweiler zu Burg Wachendorf im Kreise Euskirchen die Kammerjunker-Würde zu verleihen.

An einem Beispiele, welches wir dem Organ der Buchdruckergehilfenschaft, dem „Korrespondent", entnahmen, zeigten wir kürzlich, daß es wirthschaftliche Interessenfragen für die Arbeiterschaft giebt, die, weil tiefergehend als die Lohnfragen, von den Arbeitnehmern erörtert werden können, ohne agitatorischen Elementen Platz zu gewähren, weil sie mit Nothwendigkeit auf die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinführen. (Nr. 249 der „Nordd. Allg. Ztg.")

Es handelte sich dabei um die Frage, wie einem „Hauptkrebsschaden" entgegenzutreten sei, den ein Artikel des „Korrespondent" speziell für das Buchdruckergewerbe besprochen hatte, und welcher darin besteht, daß viele Unternehmer eine „Lehrlingsmißwirthschaft" betreiben, insofern sie Lehrlinge in einer Anzahl ausbilden, oder auch nicht ausbilden, die in einem ungesunden Verhältnisse zu der Zahl von ihnen beschäftigter erwachsener Arbeitskräfte steht. Indem wir aber die Frage von weiteren Gesichtspunkten erörterten, als es das Organ der Buchdruckergehilfenschaft hat, gelangten wir zu der Ansicht, es sei diese Lehrlingsfrage zwar gemeinsam von den Prinzipal- und Gehilfenorganisationen in Angriff zu nehmen, ihre eigentliche Lösung würde sie aber durchzureifen wohl nur durch die Gesetzgebung finden können. Für diese aber liege auch genügende Ursache vor, einzugreifen, weil durch solche „Lehrlingsmißwirthschaft" sowohl auf die Vermehrung des gewerblichen Proletariates hingewirkt als auch den solche Praktiken nicht übenden Unternehmern eine illoyale Konkurrenz bereitet werde.

Diese unsere, hier in der Hauptsache rekapitulirten, Ausführungen haben von verschiedenen Seiten Zustimmung gefunden; auch der „Korrespondent" läßt denselben solche zu Theil werden und er meint, es sei zu wünschen, daß aus unserem Eintreten für die Sache sowohl die Gehilfen wie die Prinzipale eine Anregung finden möchten, in der Beschränkung der Lehrlingsmißwirthschaft einen entschiedenen Schritt zu thun, und zwar bei der beabsichtigten Tarifrevision. Wenn dann aber der „Korrespondent" fortfährt:

und weiter die Prinzipalsorganisation der Einsicht einmal etwas näher rückte, daß ein Zusammengehen mit der Gehilfenorganisation in irgend einer Frage, wenn es von Erfolg begleitet sein soll, gewisse Voraussetzungen bedingt, welche vom alten deutschen Buchdruckerverein eben nicht erfüllt wurden —,

so glauben wir, daß die Einseitigkeit, welche in dieser Mahnung an die Unternehmerschaft, „der Einsicht näher zu rücken", liegt, gerade nicht beitragen dürfte, gemeinsamen Zielen näher zu kommen. Wir haben durchaus nicht die Absicht, den genannten Verein zu vertreten — allerdings auch nicht, ihn anzugreifen —; soviel dürfte aber auf der Hand liegen, daß auch für die Unternehmerschaft eines jeden Gewerbes das Zusammengehen mit der Organisation der Gehilfenschaft desselben gewisse Voraussetzungen bedingt, die auch nicht immer vorhanden sein möchten.

Im Weiteren sagt der „Korrespondent" mit Bezug auf die von uns angeregte gesetzliche Inangriffnahme dieser Angelegenheit:

Uebrigens ließe sich im Rahmen der Berufsgemeinschaft ohne Schwierigkeit Abhülfe schaffen, wenn der Gesetzgeber die Berufsgemeinschaft zur Erhaltung ihrer eigenen Proletariats anbielt. Müssen die Berufsgenossen Beiträge zahlen — und die Buchdrucker würden da tief in den Beutel greifen müssen —, so wird sehr bald ein jeder einzelne darauf hinwirken, daß in der Berufssphäre nicht mehr Leute ausgebildet werden, als darin Unterkunft und Auskommen finden.

Ohne für oder gegen diesen Vorschlag uns erklären zu wollen, käme es doch zur Aufklärung der Sache für uns vor Allem darauf an, ob „Berufsgemeinschaft" hier als die Zusammenfassung des ganzen Gewerbes, Unternehmer und Gehülfen, verstanden sein soll, oder ob der „Korrespondent" vielleicht an die Unternehmer allein gedacht hat. Letzteres würde wiederum eine Einseitigkeit sein, die wenig förderlich wäre, dem gemeinsamen Ziel näher zu kommen. Wir wollen aber nicht voraussetzen, daß der „Korrespondent" eine solche einseitige Hauptpflicht der Unternehmerschaft im Auge gehabt hat. Unter dieser Annahme könnte möglicher Weise der Frage näher getreten werden, ob nicht bei der von der Gehülfenschaft geforderten Tarifrevision hiermit ein Anfang zu machen wäre. Zweck dieser Revision soll sein, den minder gut gelohnten Zweigen des Druckereigewerbes zu höheren Löhnen zu verhelfen. Wie weit das durchführbar sein wird, möge dahingestellt bleiben; jedenfalls steht aber fest, daß andere Zweige des Buchdruckergewerbes ein relativ hohes Lohneinkommen haben. Dringt aber die Gehülfenschaft darauf, daß das Minimum generell erhöht werde, so entsteht die Frage, ob nicht diesem Minimum auch ein Maximum gegenüber zu stellen wäre, etwa so, daß die nach dem vereinbarten Tarif gezahlten Löhne, soweit sie über einen, je nach den lokalen Verhältnissen zu bemessenden Satz hinausgehen, für der „Berufsgenossenschaft" gemeinsame Zwecke Verwendung fänden, seien diese nun die Aufbesserung des Minimums oder seien sie die vom „Korrespondent" angeregte Versorgung des Berufsproletariates, — was übrigens häufig in derselben Richtung liegen möchte.

Das **Herrenhaus** beendigte im weiteren Verlaufe seiner gestrigen Sitzung die Berathung über das Lehreranstellungsgesetz für die östlichen Provinzen. Nach dem Referenten Frhrn. v. Malzahn nahm zunächst das Wort Herr v. Kleist-Retzow, welcher erklärte, nur deshalb für das Gesetz stimmen zu können, weil es sich um einen Ausnahmezustand handle und er nicht in der Lage sei, der Regierung in ihrem Bestreben zur Sicherung der deutschen Sprache entgegenzutreten. Herr v. Koscielski vertrat den Standpunkt der Polen und suchte darzulegen, daß an dem gegenwärtigen Zustande nicht die polnische Agitation, sondern lediglich das jetzige Schulsystem die Schuld trage. Kultusminister v. Goßler trat dieser Auffassung bestimmt entgegen, indem er darauf hinwies, daß die Agitation auf Zurückdrängung der deutschen Sprache schon lange vor dem gegenwärtigen Unterrichtssystem von polnischer Seite betrieben worden, und daß es sich bei der Vorlage nur darum handele, die Lehrer von diesen unhaltbaren Verhältnissen loszulösen. Der Gesetzentwurf wurde darauf nach Zurückweisung des Amendements des Grafen v. d. Groeben unverändert genehmigt. Schließlich wurde noch der Gesetzentwurf, betreffend die Heranziehung von Militairpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke, durch Enbloc-Annahme erledigt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen und der Gesetzentwurf, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten.

Die „Berl. Pol. Nach." schreiben:

Nach § 11 des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, ist über die gesammten Einnahmen und Ausgaben des 100-Millionen-Fonds nach Maßgabe der für den Staatshaushalt bestehenden Vorschriften Rechnung zu legen. Aus diesem Fonds sind nach § 12 auch die persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben zu bestreiten, welche nach Maßgabe der durch königliche Verordnung getroffenen Einrichtungen vom 1. April nächsten Jahres ab in den Staatshaushaltsetat einzustellen sind.

Neben der Entscheidung her auf die Errichtung der Immediatkommission bezüglichen persönlichen und organisatorischen Fragen, welche die Staatsregierung in der letzten Zeit beschäftigten, bedarf es daher noch der Ordnung des Etatswesens der Immediatkommission, welche wiederum die Grundlage für die angeordnete Rechnungslegung bildet. Dabei wird sicherlich nicht daran gedacht werden können, in ähnlicher Weise, wie dies bei der Berathung des Gesetzes angeregt war, durch Etatsfestsetzungen die Kommission in der Verfügung über den Gesammtfonds zu vinkuliren. Wenn in dieser Hinsicht eine Beschränkung in Frage kommen könnte, so würde es sich doch immer nur darum handeln können, ob für eine bestimmte Summen überschreitende Ausgabe die Zustimmung des Staatsministeriums einzuholen ist. Ebensowenig wird es möglich sein, zur Zeit die aus der Schadloshaltung, Zwischennutzung und Wiederverkäufen zu gewärtigenden Einnahmen zu etatisiren, wie dies § 8 des Gesetzes vorschreibt. Dagegen läßt sich jetzt schon der Etat für die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Kommission vorbereiten, wie er für das laufende Jahr als Kosten- und Verwaltungsetat der Immediatkommission zu gelten haben, von da aber auf den Staatshaushaltsetat zu übernehmen sein wird. Auch für diese Etatsaufstellung sind die Vorbereitungen im vollen Gange; die Grundzüge derselben sind zunächst durch Kommissarien der betheiligten Ministerien vorberathen worden. In der gleichen Weise wird die Nothstandsvorlage für die Weichselmündung vorbereitet, bezüglich deren noch einige Fragen der Vereinbarung harren. Die in der „N. Pr. Ztg." nach dieser Richtung gemachten Mittheilungen entbehren zum Theil der Begründung."

Von unterrichteter Seite geht uns über die serbische Tabaksregie nachfolgende Mittheilung zu:

„Wie am 4. cr. stattgehabte Verwaltungsrathssitzung beschäftigte sich mit allen Fragen, welche mit der Regelung des mit dem 1. Juli cr. beginnenden Betriebes im Zusammenhang stehen. Es wurde beschlossen, den für die Regie nöthigen Bedarf an Zigarren mit der Mannheimer Fabrikfirma Gebrüder Mayer zu kontrahiren, und es hat diese deutsche Firma den vielen Bewerbern anderer Länder gegenüber — besonders lagen Anerbieten aus der Schweiz vor — den Vorzug erhalten. Auch bei der Ernennung des für die Regiegesellschaft anzustellenden kaufmännischen Direktors besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Posten einem Deutschen übertragen werde. Man will jedoch noch weitere Bewerbungen abwarten, bevor man sich definitiv für eine Person, der die Leitung übertragen werden soll, entschließt."

Die französischen Sparkassen zu Ende 1885. Amtlicher Mittheilung entnimmt die „Stat. Korrespondenz", daß die französischen Privatsparkassen Ende 1885 einen Einlagebestand von 2 212 983 892 Fr. aufweisen. Die Zahl der neu ausgegebenen Sparkassenbücher, welche 18·2, in dem ersten Betriebsjahre der französischen Postsparkasse, sowie 1883 erheblich zurückgegangen und erst 1884 wieder von 459 017 auf 489 178, d. i. um 6,57 pCt. gestiegen war, fiel im Jahre 1885 auf 486 682 oder um 0,51 pCt. Dagegen erhob sich der Zuwachs an umlaufenden Sparkassenbüchern, welcher von 256 117 im Jahre 1882 auf 214 404 in 1883 und 169 021 in 1884 gesunken war, im Berichtsjahre wieder auf 221 939. Die Neuanzahlungen betrugen 1885 686 314 527 Fr. gegen 668 264 455 Fr. im Vorjahre; die relative Vermehrung des gesammten Einlagebestandes stellte sich 1885 auf 9,27 pCt. gegen 11,51 pCt. im Jahre 1884; 1883 war der Zuwachs der Einlagen wenig höher als die Zinsen derselben. Bei der französischen Postsparkasse wurde Ende November 1885 ein Guthaben der Einleger von 147 642 069 Fr. nachgewiesen. Vergleichsweise sei noch bemerkt, daß bei den preußischen Sparkassen nach Ausweis der letzten, das Rechnungsjahr 1884 bezw. 1884/85 betreffenden Geschäftsübersicht die Gesammtsumme der Einlagen 2 109 343 655 Mark, die der umlaufenden Sparkassenbücher 3 925 807 betrug.

Journal-Revue.

Zur kirchenpolitischen Situation äußert die „Nationalliberale Korrespondenz" (noch bevor sie von der Anerkennung der dauernden Anzeigepflicht durch die Kurie Kenntniß hatte): „Die letzten Tage haben die gegenwärtige Stellung der römischen Kurie zu Deutschland an einigen augenfälligen Thatsachen recht deutlich erkennen lassen. Berlin hat den neuen, einen deutschen Erzbischof von Posen in seinen Mauern gesehen; der für den seit Ketteleers Tode verwaisten Mainzer Bischofsstuhl ausersehene Geistliche hat die Bestätigung des Paystes erhalten, in Freiburg ist an Stelle des vor 2 Monaten gestorbenen Erzbischofs Orbin ein neuer Erzbischof gewählt worden. Der letztere Vorgang ist ganz besonders bezeichnend. Als Orbin vor 4 Jahren sein Amt antrat, war der erzbischöfliche Stuhl 14 Jahre unbesetzt gewesen. Die während jener Zeit im Freiburger Kapitel überwiegende Kampfesstimmung ist auch unter diesem aufrichtig friedliebenden, aber altersschwachen und vielfach leidenden Kirchenfürsten nicht wesentlich anders geworden. Hätte man das Kapitel jetzt frei schalten lassen, so würde eine Verständigung mit der Regierung über den Nachfolger Orbins wohl noch in langer Zeit nicht erreicht worden sein. Daß die Wiederbesetzung des Stuhls so ungewöhnlich rasch erfolgte, wird man ausschließlich dem unmittelbaren Eingreifen des Paystes zu verdanken haben. In Karlsruhe ist man sehr zufrieden mit dem Ausgange; man begrüßt den bisherigen Bischof Roos von Limburg als einen wahren Friedensbischof. Die Persönlichkeit des Gewählten berechtigt allerdings dazu, und es bleibt nur zu wünschen, daß die auf ihn gesetzten Hoffnungen niemals getäuscht werden. Faßt man alle diese Eindrücke zusammen, so kann man sich nur bestärkt fühlen in der Ueberzeugung, daß Leo XIII. mit Deutschland, obgleich es die Wege des Protestantismus, ernstlich den Frieden will."

Der „Kuryer Poznanski" begrüßt den neuen Erzbischof von Posen-Gnesen bei seiner Ankunft in der Diöcese mit den Worten: „Gelobt sei, der da kommt im Namen des Herrn!" und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß derselbe aus allen Kräften bemüht sein werde, die mannigfachen und schweren Wunden, welche den beiden Erzbiözesen Gnesen-Posen in den letzten zwölf Jahren geschlagen worden seien, wieder zu heilen. Die Ansprache schließt mit den Worten: „Die Einwohner Deiner Residenz und des ganzen großpolnischen Landes bereiten sich auf Deinen Empfang vor, hochwürdigster Oberhirt, mit dem festen Vertrauen, daß Du uns Den ersetzen wirst, von dem wir getrennt worden sind, und daß Du uns, wie Du uns in Breslau vor Deiner Bischofskonsekration gesagt hast, Hirt und Vater sein wirst, und daß mit Deiner Regierung auch unsere schmerzlichsten Wunden vernarben werden, und daß Du uns durch Dein Ansehen und die Würde Deines hohenpriesterlichen Amts schützen wirst."

Aeußerungen gegenüber, welche den Antrag von Hammerstein deshalb bekämpften, weil er ein störendes Moment zwischen die Konservativen und die Mittelparteien schiebe, hob die „Konservative Korrespondenz" hervor, Anschauungen der deutschkonservativen Gesammtpartei hätten für einen solchen engen Anschluß an die Mittelpartei keinen Raum, nachdem der Parteivorstand Gründung man einem Könige des alten Deutschen Reiches zuschreib."

Sie fragte nie: warum Baron Eichenthal sein Haus nicht repariren lasse. Sie war schon ein kluges Kind, und die Fabrikstadt, in der sie aufwuchs, zeigte ihr frühzeitig die gewaltigen Unterschiede von Reich und Arm.

In der Pension, wo sie dann war, erzählte Hildegard aber so viel von der Perle des Mainlands, von Schloß Siebeneichen, daß ihre Gefährtinnen sie endlich damit zu necken begannen und ihr prophezeiten: sie würde dort sicher noch einmal die Schloßherrin.

Das Wort gab allen geheimen Gedanken ein festes Ziel — allen Träumen der Kinderjahre einen reellen Boden. — Sie zählte siebzehn Jahre, als sie die Pension verließ. Die Herrin von Siebeneichen war um die Zeit schon sehr krank; — die Familie lebte seit den letzten Jahren ganz auf sich beschränkt, und die Verhältnisse gingen dort mehr und mehr bergab. Nach dem Tode der Freifrau trat weder im innern, noch äußern Leben eine Veränderung ein; die theilnehmenden Freunde sandten nur gedruckte Beileidsschreiben, weil Freiherr Dagobert ja schon seit Jahr und Tag keine Besuche mehr angenommen und erwidert hatte, der für menschenscheu galt, sogar ein Menschenhasser von Vielen genannt wurde. Beides war eine falsche Annahme und Behauptung. Er wünschte nur, sein mehr und mehr verfallendes Haus den beobachtenden, den neugierigen und — theilnehmenden Blicken zu entziehen, und seine Kinder waren von dem gleichen Wunsche beseelt.

„Wird der Siebeneichener Freiherr wohl noch einmal heirathen?!"

Diese Frage, die Hildegard so häufig aufwerfen hörte, begann endlich sie Tag und Nacht zu beschäftigen, und rastlos machte sie Pläne, die sich um ihn und das von ihr so geliebte Schloß drehten.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

25 Berlin, den 9. Juni 1886.

Gleiche Wege — andere Ziele.

Roman

von Luise Ernesti (M. v. Humbracht).

(Fortsetzung.)

Zu jener Zeit, wo der Kommerzienrath Eichenberg in den lange ersehnten Adelstand erhoben wurde, und seine Tochter ihren Fuß als Herrin auf Schloß Adriansbergs Schwelle setzte, wurden die alten dunkelen Traditionen seines Stammbaums aber eigentlich weniger scharf beleuchtet, wie dies 28 Jahre später bei der Verbindung seiner Enkel Kurt und Gerda der Fall war. Seiner Firma wachsender Ruhm und Glanz beschäftigte damals Aller Zungen. Der Goldstrom schien dahin vom Schicksal dirigirt Sein Glanz wurde die Leuchte zu seinen Tugenden und Verdiensten, und als seine Tochter Hildegard älter wurde, führte sie schon nicht mehr den schimmernden Namen ihrer Schwester: „ein reiches Mädchen" — sie hieß überall nur: „die Millionen-Erbin."

Die alten Zeiten wurden damals hauptsächlich aus dem Moder der Vergangenheit herausgestöbert, um die einzelnen Glieder der ganzen Reichthumskette, welche sich an die Firma band, nachzuweisen.

Werner der Erste heirathete die Tochter eines reichen Bremer Kaufherrn, der in bedeutenden Handelsverbindungen mit westindischen Häusern stand. Sie und ihr Mann waren seit vielen Jahren schon todt, Beider Kinder, jener Sohn, Werner II. genannt, und seine Schwester Egberte auch längst verheirathet, da wurden sie noch Erben eines Bruders ihrer Mutter, der in Westindien starb und ebenfalls den schönen Vermögensbestand mehrerer Millionen hinterließ.

Unter allen Gaben des Glücks fehlte lange und viele Jahre dem Fabrikanten die heißersehnteste: er hatte keinen Erben seiner längst berühmten Firma.

Dieser einzige Schatten auf seinem lichtüberströmten Lebenswege wandelte sich endlich auch noch zu strahlendstem Schein, und seinem Hause war der Erbe geboren, als sich gerade seine ehrgeizigen Wünsche in Betreff seiner ältesten Tochter erfüllten. Seine gräfliche Gemahlin, der er schon ohnehin stets einen von Liebe und Rücksichtnahme durchwobenen Teppich unter die zarten Füße gebreitet, — sie wurde jetzt geradezu von ihm vergöttert, als sie dem schönen, starken Knaben das Leben gegeben hatte. Bei der Taufe dieses Kindes konnte er ihm bereits den Kaufbrief von Schloß Erffingen auf das Wiegenbettchen legen. Er that es nicht ohne Stolz; und mit gleicher Genugthuung sagte er auch bei diesem Feste zum Vater seines künftigen Schwiegersohns, dem Grafen Wolf Steinwege: „Ich hörte, Sie sind zufrieden mit den zwei Millionen Heirathsgut, die ich meiner Tochter aussetze — neu aufgefundene Adern in unserem oberschlesischen Bergwerke berechtigten mich bereits zu dem Hoffen, meinen Töchtern die dritte Million nach meinem Tode überweisen zu lassen."

Graf Wolf, der nach Jahre langer Quälerei in der Landwirthschaft und mit den Schulden seines Vaters, jenes alten Zechers von Adriansberg, den man ebenso gut den „Spieler" hätte nennen können, so mürbe geworden, daß diese Millionen ihn einzig blendeten, er stark nun fast vor Angst und Schreck, als Egberte Eichenberg in ihrer Brautzeit wegen starken Hustens von den Aerzten nach Italien geschickt wurde und dann von da aus mit ihrer in England verheiratheten Tante nach Kairo reiste. Fast drei Jahre war sie abwesend, nun aber blühend wie eine volle Rose, und die Hochzeit fand statt zu des aristokratischen Schwiegervaters größter Freude und Beruhigung.

Die zweite Tochter des Kommerzienraths entwickelte sich zu einer stolzen, hochfahrenden Schönheit. Sie betrieb beim Vater, den Hausstand in förmlich fürstlicher Weise einzurichten und zu führen. Sie erhielt von diesem prunkliebenden Vater auch so viel Geschenke, daß ihre Freundinnen sagten: „Hildegard Eichenberg hat jeden Tag Geburtstag."

Keine Gabe, kein Geschenk erfreute aber bereits in der Kindheit Tagen so ihr Herz, wie ein Besuch in Siebeneichen. Es blieb für sie aber immer eine seltene Freude! — Ihre Mutter, die nur einzig den Verkehr fortsetzte, war als Frau eines reichen Mannes weit stolzer geworden, wie sie einst als Gräfin Bernardi gewesen. Sie lebte in ihres industriellen Gemahls Fabrik, wie eine Königin in ihrem Reiche. Die Reichsten der reichen Nachbarstadt Frankfurt rechneten sich's zur Ehre, in ihrem gastlichen und schönen Hause zu verkehren. Bewohnte sie ihre Sommerresidenz Erffingen, der gesammte Adel feierte sie als Schloßherrin. Und sie — sie, die in Gold und Diamanten wühlen konnte, die nur Pariser Modeartikel trug, sie sollte sich von diesem armen Siebeneichener Freiherrn in seiner königlichen Würde als nur Geduldete begrüßen lassen? Nein! Die geborene Gräfin, die nach und nach durch die ewigen feinen Diners und einen gottgefegneten Appetit dick wie eine Tonne geworden und durch zu festes Schnüren einen etwas pustenden und keuchenden Athem bekommen hatte, sie sagte im traulichen tête-à-tête zu ihrem sehr ehrerbietigen Gemahle:

„Zu was uns bemühtigen vor diesem Freiherrn aus dem Hause Derindur und der reizenden Clementine, in ihren verwaschenen Mousselinekleidern? Laß sie unter ihrem stolzen Eichendom als Klausner leben — wir — wir haben der Freunde genug!"

Der Gemahl gab nach, Tochter Egberte war einst auch stets ein fügsames Kind gewesen, jedoch Fräulein Hildegard war die leibhaftige wilde Lisbeth und der tolle Herr Werner in einer Person. Sie erzwang von der widerstrebenden Mutter die Fahrten nach Siebeneichen immer und wieder, und der zärtliche und spekulirende Vater sagte in solchen Fällen sanft und überredend: „Thue es ihr zu Gefallen!" Jedoch im Herzensgrunde dachte er vergnügt: „Dieser kleine Tollkopf trägt sich die Baustene zu seinem Erbschlosse Siebeneichen schon jetzt unbewußt zusammen."

Der sanften milden Freifrau Clementine, die anfangs tief darunter gelitten hatte, mit der geliebten Nichte ihrer verehrten Mutter so wenig verkehren zu dürfen, ihr war in spätern Jahren diese geliebte Nichte ebenso unsympathisch geworden, wie deren Tochter Hilda.

Die dicke, von den Ehren und Auszeichnungen ihres „verdienstvollen Gatten" stets mit keuchendem Athem redende, mit den Millionen und den Gastmahlen auf Schloß Erffingen prunkende und prahlende Frau Kommerzienräthin, die nur in Sammet und Seide, mit Juwelen von höchstem Werth beladen und in elegantester Equipage ihre Besuche in Siebeneichen machte, sie war der sanften, fein gebildeten Freifrau Schrecken; dann ebenso deren schönes Kind mit seinen flammenden Augen, das sie ewig anstarrte oder sich mit diesen glühenden und sprühenden Augen auch bald immer forschender auf dem alten Edelhofe und in dessen Hause umsah. Je mehr Hildegard heran wuchs, desto peinvoller wurden der nun kränklichen Freifrau die flammenden Augen, vielleicht, ach vielleicht ahnte die zärtliche, die für das Wohl ihrer Kinder stets so besorgte Mutter das Unglück und Weh, das Hildegard noch einmal über einen ihrer Söhne brachte!

In dem Kinde ertödteten Kälte und Zurückhaltung nicht die Liebe zu Siebeneichen und seinen Bewohnern. Nichts in der Welt gefiel ihr so, wie das alte dunkle, mehr und mehr verfallende Schloß und die aristokratische Umgebung, jene uralten Eichen, die zu der sagenumwobenen Kapelle münderten, deren